



## Presseinformation

Nr. 344/2008

Kiel, Freitag, 12. Dezember 2008

*Sperrfrist: Redebeginn*

*Es gilt das gesprochene Wort!*

Bildungspolitik / Volksinitiative zur Erhaltung der Realschule

### Ekkehard Klug: „Noch eine Chance für die Realschulen!“

In der Landtagsdebatte zu **TOP 32** (Volksinitiative zur Erhaltung der Realschule) erklärte der bildungspolitische Sprecher der FDP-Fraktion, **Dr. Ekkehard Klug**:

„Nach dem sehr späten Start der Volksinitiative - erst Ende 2007, also fast ein Jahr nach der Schulgesetzänderung - ist ihr Erfolg wirklich bemerkenswert. Entgegen der immer wieder aus den Reihen der großen Koalition zu hörenden Aussage, das Thema „Realschule“ sei abgehakt, hat die Volksinitiative problemlos das erforderliche Quorum überschritten. In der Bevölkerung unseres Landes ist der Wunsch, diese Schulart nicht untergehen zu lassen, nach wie vor lebendig. Viele, sehr viele Menschen wünschen dies – auch wenn die Parteien, die mit 59 von 69 Landtagsmandaten die Landesregierung stellen, dies nicht wahrhaben wollen. Dabei gibt es allerdings auch an der Basis der CDU erkennbar eine andere Stimmung, als es die offizielle Haltung der Parteiführung vermuten lässt. Dies musste der Ministerpräsident und CDU-Landesvorsitzende erst kürzlich wieder feststellen, als er vor seinen Parteifreunden in seinem bisherigen Wahlkreis Elmshorn in der Gaststätte „Sibirien“ zur Bildungspolitik Stellung nahm. Ich zitiere aus dem Bericht der „Elmshorner Nachrichten“ vom 1. Dezember:

*„Für Unmut unter seinen Parteifreunden sorgten die Redepassagen, in denen der Ministerpräsident die an der CDU-Basis ungeliebte Schulreform der Regierung verteidigte.“*

Einen Denkanstoß in Sachen Schulpolitik könnte der Union auch das kürzlich veröffentlichte Ergebnis des PISA-Ländervergleichs geben. Es ist doch wirklich beachtenswert, dass die nach dem geltenden Schulgesetz zur Abschaffung vorgesehenen Realschulen in allen drei Testbereichen – Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften – bessere Resultate vorweisen als die Integrierten Gesamtschulen - und zwar ungeachtet der sehr schlechteren Unterrichtsversorgung an den besser abschneidenden Realschulen.

**Wolfgang Kubicki, MdL**  
Vorsitzender

**Dr. Heiner Garg, MdL**  
Stellvertretender Vorsitzender

**Dr. Ekkehard Klug, MdL**  
Parlamentarischer Geschäftsführer

**Günther Hildebrand, MdL**

www.fdp-sh.de

Die auf Betreiben der CDU im neuen Schulgesetz verankerte neue Schulart „Regionalschule“ wird an die Erfolge der Realschulen nicht anknüpfen können. Eltern, die ihre Kinder bislang an Realschulen angemeldet haben, tendieren verstärkt dazu, sich entweder für Gymnasien, Gemeinschaftsschulen oder – soweit vor Ort vorhanden – für Schulen in freier Trägerschaft zu entscheiden. Den Regionalschulen fehlen damit tendenziell die für einen erfolgreichen Realschulbildungsgang notwendigen Schüler. Dieses strukturelle Problem wird in besonderem Maße dort sichtbar, wo den Eltern im örtlichen Schulangebot Alternativen vorfinden. Das vom Schulgesetz vorgesehene „zweieinhalbgliedrige“ Schulsystem wird damit faktisch zu einer neuen Form von Dreigliedrigkeit, wobei die Regionalschulen die frühere Rolle der Hauptschulen übernehmen. Andererseits gibt es in größeren Teilen des Landes überhaupt keine Regionalschulen. In mehreren Kreisen, vor allem im Hamburger Umland, entwickelt sich derzeit faktisch ein zweigliedriges Schulsystem aus Gymnasien und Gemeinschaftsschulen. In anderen Landesteilen entwickelt sich, wie skizziert, eine neue Form von Dreigliedrigkeit. Damit ist klar: Die ursprüngliche Vorstellung der Union, das allgemeinbildende weiterführende Schulwesen primär auf die beiden Säulen Gymnasium und Regionalschulen zu stellen - mit nur einzelnen punktuell entstehenden Gemeinschaftsschulen als „Extra“ – geht so nicht auf.

Nach Auffassung der FDP-Fraktion würde ein Schulangebot, bei dem neben den Gymnasien und den Gemeinschaftsschulen nach Möglichkeit vor Ort die Realschule - an Stelle der Regionalschule - als dritte Option angeboten würde, weitaus mehr Attraktivität für die Eltern entfalten als die derzeitige „Angebotslage“ mit einer Regionalschule, die die von ihren Erfindern ursprünglich gedachte Rolle erkennbar nicht wahrnehmen kann.

Damit ist zugleich klar: Es geht hier nicht um Frage einer Rückkehr zum alten dreigliedrigen Schulsystem, sondern um die Frage, ob man mit einer neuen Chance für das Schulmodell der Realschule ein attraktiveres und vielfältigeres Schulangebot schaffen kann, als es sich derzeit aufgrund der Vorgaben des Schulgesetzes der großen Koalition entwickelt. Weil wir eine solche Perspektive für sinnvoll halten, wird die FDP - als einzige Fraktion des Schleswig-Holsteinischen Landtages - gegen die vorliegende Beschlussempfehlung stimmen.

Die große Koalition hat mit der Abschaffung der Realschulen auch deshalb einen Fehler begangen, weil sie damit ein „Markenzeichen“ aufgegeben hat, das weithin mit Qualität und Leistungsfähigkeit verbunden wird - und zwar ganz zu Recht, wie die Ergebnisse des neuen PISA-Ländervergleichs eindrucksvoll unterstreichen. Allen Anfeindungen zum Trotz hat die Realschule eine neue Chance verdient, und auch deshalb, weil dies sehr viele Bürger unseres Landes ebenso sehen, wollen wir uns an dem ansonsten vielstimmigen Abgesang durch die anderen Landtagsfraktionen nicht beteiligen.

Vielmehr sollte sich die Union fragen, ob sie tatsächlich im richtigen Chor mitsingt, wenn sie neben SPD, Grünen, SSW und außerparlamentarischen Kräften wie der Linkspartei das Lied vom Ende der Realschule anstimmt.“